

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Juli/August 2022

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Naledi Pandor: Südafrika verlangt diplomatische Lösung**
- **Klaus Moegling: Russlands Krieg gegen die Ukraine: Vier Schritte zum Frieden?**
- **Clemens Ronnefeldt: Verhandeln, verhandeln, verhandeln**
- **Chiara Schuster: Absage an Konfrontation**
- **Chomsky: Wir müssen insistieren, dass ein Atomkrieg eine undenkbbare Politik ist**
- **Thomas Fischer: Unser Krieg: Nur die Wahrheit!**
- **Alfred de Zayas: Die Lösung liegt allein in Verhandlungen**
- **Michael von der Schulenburg: In der Ukraine sollte die EU nicht den USA folgen, sondern nach Frieden streben**
- **Dieter Egli: Zeit für eine unabhängige europ. Sicherheit?**
- **Marta Andujo: OAS: Wer kommt und wer kommt nicht?**
- **Birgit Falkensteiner: WHO will Pandemievertrag**
- **Transition News: Unterschrift geg. Pandemie-Abkommen**
- **Klaus Reinhardt: Pandemiemanagement: Kindeswohl stärker im Blick behalten**
- **Eva Engelken: ... Schluss mit der Falschberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!**
- **Josef Kraus: Der "Gender-Hype" als Kulturmarxismus**
- **Martin Voigt: Indoktrination im Kinderfernsehen**

Statt eines Zitats:

Wir wünschen unseren Lesern beziehungsweise Nutzern
trotz der schwierigen Weltlage
einen friedlichen und erholsamen Urlaub!

Editorial

In dieser Ausgabe beginnen wir mit dem **Ukraine-Konflikt** und der klaren Position der südafrikanischen Außenministerin, dass es **nur einen diplomatischen Ausweg** gibt. Klaus Moegling stellt uns dazu den Friedensplan der italienischen Regierung vor. Auch Clemens Ronnefeldt spricht sich klar für den Verhandlungsweg aus und verweist dazu auf das Abkommen Minsk II sowie den italienischen Friedensplan.

Chiara Schuster und Harald Neuber stellen uns den **Friedenskongress** der Humboldt-Universität vor, bei dem von vielen Kritikern eine Kooperation statt geopolitisch begründeter Konfrontation angemahnt wurde. Auch für Noam Chomsky kann Krieg **nur mit Diplomatie** beendet werden. Zudem sei die gegenwärtige Entwicklung der Selbstzerstörung der USA zu hinterfragen. Thomas Fischer übt grundlegend Kritik an der deutschen Politik bzgl. ihrer Stellungnahme zu Kriegen.

Nach Alfred de Zayas müssen sich die Europäer **von den USA befreien**, die einen langen Krieg wollen. Er stellt auch die Bedeutung der russischen Kultur für Europa heraus. Nach Michael von der Schulenberg muss Europa einen Verhandlungsfrieden fordern. Im Schulterschluss mit USA sieht er ein Versagen der EU-Führung. Dieter Egli plädiert für eine unabhängige Stimme Europas und dessen militärische Unabhängigkeit von der US-Militärmacht.

Marta Andujo berichtet über die **Kritik an den USA**, nachdem diese Kuba, Venezuela und Nicaragua von OAS-Gipfel ausgeschlossen hatten.

Birgit Falkensteiner stellt die Absicht dar, über einen **WHO-Pandemievertrag** die Verfassungen der Mitgliedstaaten auszuschalten; Sie wird in ihrer Sicht von Annette Groth bestärkt. Norbert Häring dokumentiert die Entwicklungsgeschichte zu dem Entwurf eines solchen Vertrags, der dann mehrheitlich abgelehnt wurde, aber 2023 erneut zur Verhandlung ansteht. Transition News gibt uns die Möglichkeit, uns **per Unterschrift** gegen das von den USA vorgeschlagene WHO-Pandemie-Abkommen zu positionieren.

Klaus Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, weist die **Belastung von Kindern und Jugendlichen** durch die Corona-Pandemie hin, die von einer Umfrage in Großbritannien bestätigt und verdeutlicht wird.

Eva Engelken macht uns mit einem Aufruf bekannt, der sich gegen die **ideologisierende Betrachtungsweise von Transsexualität** wendet: in diesem Zusammenhang berichtet Judith Sevinç Basad von ihrer Erfahrung, nachdem sie an dieser Betrachtungsweise Kritik geübt hatte. Josef Kraus stellt ein Dossier vor, das die **Indoktrination von Heranwachsenden** des Transsexuellengesetzes durch das sogenannte Selbstbestimmungsgesetz anprangert. Martin Voigt sieht in Kindersendungen, die das Thema Transsexualität an Kinder verharmlosend herantragen, ebenfalls eine Indoktrination. Seine Sicht wird bestärkt durch die Initiative 'DemoFuerAlle', die dem Propagieren von Transsexualität und Transgender, aber auch der Kindergrundsicherung und den Kinderrechten **nicht nur eine Gefährdung der Kinder, sondern auch der Familien** sieht.

- Naledi Pandor: **G7: Südafrika verlangt diplomatische Lösung**

Die südafrikanische Außenministerin entwickelt im Interview (Video, 17min) sehr ruhig eine Vorstellung davon, [was es braucht, um den Krieg in der Ukraine zu beenden](#). Es braucht gerade keine gegenseitigen Anschuldigungen, Waffenlieferungen, Sanktionen, sondern die Bereitschaft von beiden Seiten, die Sicherheitsinteressen der anderen Seite zu verstehen und am Verhandlungstisch nach Lösungen zu suchen. Diesen Prozess zu befördern, wäre Aufgabe der G7-Staaten und der UNO. Die Außenministerin kritisiert die Waffenlieferungen und die Sanktionen des Westens und weist auf Beispiele für westliche Doppelmoral hin. Frau Pandor lässt das, was der Interviewer an üblichen Sprechblasen vorträgt, ins Leere laufen und beantwortet souverän und kenntnisreich die Fragen des Interviewers, der versucht, die Politikerin zum Einschwenken auf die westliche Anti-Russland-Linie zu bringen.

[Naledi Pandor](#), Jg. 1953, ist eine südafrikanische Politikerin. Sie gehört dem 'African National Congress' (ANC) an. Seit Mai 2019 ist sie Außenministerin von Südafrika. Von 1999 bis 2004 stand sie dem 'National Council of Provinces' vor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Klaus Moegling: **Russlands Krieg gegen die Ukraine: Vier Schritte zum Frieden?**

[Der italienische Außenminister Luigi Di Maio hat einen Friedensplan vorgelegt](#), der in den Medien leider kaum zur Kenntnis genommen wird. Der Vorschlag umfasst vier Schritte:

1. Schritt: Verhandlung eines Waffenstillstands bei gleichzeitiger Entmilitarisierung der Kampfzonen und der Einrichtung internationaler Kontrollmechanismen.

2. Schritt: Friedenskonferenz über die Einrichtung des neutralen Status der Ukraine, der mit internationalen Verträgen im Sinne einer Schutzgarantie abzusichern ist.

3. Schritt: Bilaterales Abkommen zwischen Russland und der Ukraine über den Status der umkämpften ukrainischen Gebiete: Weitgehende Autonomie der Krim und Gebiete des Donbass in den nationalen Grenzen der Ukraine. Klärung der Fragen des freien Zugangs, des freien Handels und des Zahlungsverkehrs sowie kultureller und sprachlicher Rechte.

4. Schritt: Verhandlung eines multilateralen Abkommens unter der Regie der OSZE über einen europäischen Sicherheitspakt, der auch die Beziehungen zwischen EU und Russland regelt. Inhalte dieses Vertrages wären internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle, Sicherheitsgarantien, Konfliktprävention sowie der Abzug der russischen Truppen aus den besetzten ukrainischen Gebieten. Im Rahmen dieser Maßnahmen könnten die Sanktionen gegen Russland Schritt für Schritt zurückgenommen werden.

In dem Artikel werden die vier Schritte weiter erläutert und kommentiert.

[Klaus Moegling](#), Jg. 1952, Politikwissenschaftler, Soziologe und Lehrerausbilder an der Uni Kassel (2021 beendet). Er publizierte viele Bücher zu seinen Arbeitsgebieten, ist Autor von ['Neuordnung](#). Eine friedliche und nachhaltige entwickelte Welt ist (noch) möglich'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Clemens Ronnefeldt: **Verhandeln, verhandeln, verhandeln**

Für Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen beim Internationalen Versöhnungsbund, wird es eine Lösung des Ukraine-Konflikt nur durch Verhandeln geben können. Es gehe aufgrund der NATO-Osterweiterung nicht nur um die Ukraine, sondern um eine neue Sicherheitsarchitektur für Europa. Für eine diplomatische Lösung sieht er "drei Schlüsselemente: ein Moratorium bezüglich der Aufnahme der Ukraine in die NATO, eine Autonomie-Regelung für die Donbass-Region und eine dauerhafte Regelung bezüglich der Krim". Für eine Deeskalation sei noch immer

das Abkommen Minsk II vom Februar 2015 eine mögliche Grundlage. [In dem italienischen Friedensplan vom 18.05.2022 sieht er eine Chance zum Erreichen eines Friedens](#), indem vier Stufen zu durchlaufen wären: Ein von der OSZE überwachter Waffenstillstand. Dann die Vereinbarung der Neutralität der Ukraine mit ausländischen Sicherheitsgarantien. Danach die Lösung bilateraler Fragen zwischen Russland und der Ukraine. Und schließlich ein Abkommen über Frieden, Sicherheit und Stabilität in Europa. Ronnefeldt sieht, dass sich auch in den USA (New York Times) etwas bewegt und es Mitte Mai wieder zu einem Telefonat zwischen ranghöchsten Generälen aus den USA und Russland gekommen ist.

[Clemens Ronnefeldt](#), Jg. 1960, engagierte sich sehr früh in der Friedensarbeit. Er ist seit 1992 Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des 'Internationalen Versöhnungsbundes'. Seinen Hintergrund und inneren Ansatz beschrieb er 2003 in einem [Vortrag](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Chiara Schuster: **Absage an Konfrontation**

Unter dem Motto "[Ohne NATO leben – Ideen zum Frieden](#)" fand am 23.05.2022 ein Friedenskongress in der Humboldt-Universität in Berlin statt. Es ging um den Ukraine-Krieg, die Rolle von Medien und Politik sowie Visionen für eine friedlichere Welt. Für Eugen Drewermann besteht der wesentliche Bestandteil von Krieg in der Entseelung des Körpers zu einer bloßen Marionette. Nach ihm haben die USA den Europäern den Konflikt mit Russland aus geopolitischen Interessen aufgezwungen. Die einzige Lösung sei, die NATO zu verlassen. Nach Oskar Lafontaine ist eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands unabdinglich. Um aus den nicht friedensfähigen "Oligarchensystemen" der USA, Russlands und der Ukraine herauszukommen, brauche es eine andere Wirtschaftsordnung. Für Europa sei ein langfristiger Frieden anzustreben, der eine Autonomie des Donbass beinhalten müsse. Nach Ekkehard Sieker werden Journalisten zu Soldaten gemacht, statt gemäß ihrer Wächterfunktion die Mächtigen in Politik, Kultur und Wirtschaft "unter Legitimationsdruck" zu stellen. Nach Diether Dehm war der Jugoslawienkrieg eine "Generalprobe" für Kulturschaffende, die mit ökonomischen Mitteln, aber auch durch Begriffe wie "Querfront" oder "Verschwörungstheoretiker" eingeschüchtert würden und sich einschüchtern ließen.

Scharfe Kritik an der NATO-Kriegsallianz und deren Selbstermächtigung, überall auf der Welt und vorbei am UN-Sicherheitsrat militärisch einzugreifen, übten neben Norman Paech und Anu Chenoy auch Ann Wright, Ulla Klötzer, Andrej Hunko und Yuri Sheliazhenko. Mehrfach gefordert wurde eine neue Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Das Abschlusspodium mit Daniela Dahn, Peter Brandt, Sevim Dagdelen und Reiner Braun stand unter dem Motto "Kooperation statt Konfrontation".

Einige Tage nach der Veranstaltung erklärte die Humboldt-Universität Berlin, der Kongress habe zu "hoher medialer Aufmerksamkeit und Unmut über dort von Kongressteilnehmer:innen und Redner:innen gemachten Aussagen" geführt. Das Präsidium der Humboldt-Universität stelle daher im Nachgang klar, dass [sich die Humboldt-Universität von diesen Aussagen distanziert](#) und der Kongress "nicht im Rahmen einer Kooperation mit der HU stattfand". Konkrete Aussagen werden in dem Text jedoch nicht genannt. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass sich der Verein "Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus" mit Hinweisen gemeldet habe, dass ein Bild mit der Aufschrift "Hands of Russia" zu sehen, Russland als Opfer dargestellt und die Veranstaltung "durch Antiamerikanismus, Geschichtsrevisionismus & antisemitische Verschwörungsideologien" geprägt gewesen sei. Die Universität will ihre "Vergabekriterien für externe Veranstaltungen noch einmal überprüfen". Die Organisatoren zogen sich nach der Erklärung der Universität auf eine Position "der internen Abklärung" zurück. Im Entwurf einer Replik wird betont, dass "die Veranstaltung darauf angelegt [war], wie auch aus dem Titel ersichtlich, auf wissenschaftlich

fundierte Weise im offenen und vielschichtigen Diskurs Lösungswege für eine schnelle Beendigung des Ukrainekrieges und eine langfristige Friedenssicherung für Europa darzustellen“.

Zu Ciara Schuster ist leider keine Fußnote möglich. (Red.)

[Harald Neuber](#), Jg. 1978, ist Journalist, Buchautor und Kulturanthropologe, seit 2021 Chefredakteur des Internetmagazins Telepolis. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit Lateinamerika. Er lebte und arbeitete in Mexiko, Kuba und Venezuela. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- C.J. Polychroniou, Noam Chomsky: **Chomsky: Wir müssen insistieren, dass ein Atomkrieg eine undenkbbare Politik ist**

Im Interview legt Noam Chomsky seine Sicht zum Krieg in der Ukraine dar. Erster Teil: Der Krieg in der Ukraine gehe nun schon in den vierten Monat, aber eine Waffenruhe oder eine Lösung sei nicht in Sicht. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj habe einen Waffenstillstand oder Zugeständnisse ausgeschlossen, behaupte aber, dass nur Diplomatie den Krieg beenden kann. In der Zwischenzeit versuchten die russischen Streitkräfte, die Ostukraine zu erobern. Die USA unterstützten die Regierung Selenskyj so lange militärisch, wie es nötig ist, um Russland zu schwächen, in der Hoffnung, dass es zu einem Regimewechsel in Moskau kommt. Diese Entwicklungen verheißten für Chomsky nichts Gutes, weder für die Ukraine noch für die Welt insgesamt. Daher [fordert Chomsky die Kräfte, die in der Lage sind, den Krieg zu beenden, auf, ihre Energie darauf zu verwenden](#), konstruktive Wege zu finden, um den sich entfaltenden Tragödien Einhalt zu gebieten.

Zweiter Teil: In einer Teilung der Ukraine sieht Chomsky nicht den Weg aus der sich abzeichnenden Tragödie. [Er denkt an einen breiteren Rahmen wie ein gemeinsames europäisches Haus ohne Militärbündnisse](#). Es brauche wieder ein Rüstungskontrollregime bis hin zu einem UN-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen, dem auch die Atommächte beitreten und atomwaffenfreie Zonen (z.B. Naher Osten), die nicht von Atommächten blockiert werden. “Es sollten alle möglichen Schritte unternommen werden, um die Geißel der Atomwaffen von der Erde zu bannen, bevor sie uns alle vernichtet.“

In der Konfrontation zwischen den USA und Russland sieht Chomsky nicht das zentrale Element der neuen, im Entstehen begriffenen Weltordnung. Die USA hätten erkannt, dass China das einzige Land ist, das die Dominanz der USA herausfordern kann. Aber die USA seien dabei, sich selbst von innen und durch Allianzen zu zerstören, die sie mit rassistischen und ethnokratischen und Besatzung ausübenden Regimen eingehen. Daher sei es wichtig diese Entwicklung unabhängig von der Propaganda zu hinterfragen.

[Noam Chomsky](#), Jg. 1928, studierte Sprachwissenschaft, Mathematik, Philosophie und Linguistik. Hatte schon als 13-jähriger Kontakt zur Arbeiterbewegung und den Ideen des libertären Sozialismus. Heute gesellschaftskritischer [Autor mit hohen Auszeichnungen](#). (Red.)

[C.J. Polychroniou](#), Politikwissenschaftler/Politökonom, Autor und Journalist, lehrte an zahlreichen Universitäten und Forschungszentren in Europa und den USA. Seine Forschungsschwerpunkte sind die US-Politik und die politische Ökonomie der USA, die europäische Wirtschaftsintegration, Globalisierung, Klimawandel und Umweltökonomie sowie die Dekonstruktion des politisch-ökonomischen Projekts des Neoliberalismus. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Fischer: **Unser Krieg: Nur die Wahrheit!**

In einem Gastbeitrag des Spiegel stellt Thomas Fischer die Ukraine-Politik der Bundesregierung, vor allem der grünen Bundesminister, aber letztlich auch [die fehlende kriegsfeindliche](#)

[Stellungnahme der Öffentlichkeit in einen historischen Zusammenhang](#), indem er folgenden Fragen nachgeht: Wie haben heutige Regierungsmitglieder und die deutsche Politik überhaupt sich vor nicht allzu langer Zeit zur deutschen Beteiligung an Kriegen gestellt? Wie stellen oder stellten sie sich zu anderen Kriegen, die nicht “ungerecht“ von den Russen, sondern “gerecht“ von uns und unseren Verbündeten geführt wurden oder werden? Fischer nimmt in seinem Beitrag, der satirisch zu einem Lachen anregt, welches dann aber im Halse steckenbleibt, konsequent für den Frieden Stellung.

[Thomas Fischer](#), Jg. 1953, war Vorsitzender Richter am 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs, ist Autor des Standard-Kommentars zum Strafgesetzbuch und Verfasser zahlreicher Kolumnen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Alfred de Zayas: Die Lösung der Ukraine-Krise liegt allein in Verhandlungen**

Zur Kriegspolitik der USA äußert sich Alfred de Zayas recht kategorisch: “Egal, ob ein Republikaner oder ein Demokrat im Weißen Haus sitzt, es regiert der militärisch-industrielle Komplex, und der verdient an den Kriegen. Das ‘Establishment’ will eigentlich Krieg – einen möglichst langen. Die USA werden den Proxy-War ‘bis zum letzten Ukrainer führen’. Und wenn die USA scheitern wie in Vietnam und Afghanistan, suchen sie sich einen anderen Feind, um irgendwo in der Welt Krieg führen zu können. Natürlich werden die Politiker und die Medien behaupten, wir tun es im Namen der Demokratie und der Menschenrechte. Aber das ist reine Propaganda und soll nur von den eigentlichen Beweggründen ablenken.”

Den Europäern rät er: “[Europa muss sich von den USA befreien und seine eigene friedliche Politik entfalten](#). Als erstes müssen die Europäer akzeptieren, dass auch die Russen ein Recht auf nationale Sicherheit besitzen. Die Europäer sollen aufhören, Waffen an die Ukraine zu liefern. Dann müssen sie die absurden Sanktionen gegen Russland aufheben. [...] Prinzipiell müssen sich die USA und die Europäer an die UN-Charta halten und aufhören, sich in die inneren Angelegenheiten von anderen Staaten einzumischen.“ Die Europäer “haben kein Recht, sich auf Werte zu berufen, die sie selbst ständig ignorieren. [...] Die einzige Umsetzung der europäischen Werte bedeutet: Kompromissbereitschaft zeigen und Frieden schließen.”

De Zayas erinnert im Interview daran, dass die russische Kultur die europäische Kultur durchdringt, viele russische Künstler aus der europäischen Kultur nicht wegzudenken sind. “Die Russen wollten keinen Krieg und haben jahrelang – gemäß Art. 2(3) der UN-Charta – friedlich verhandelt und konkrete Maßnahmen formuliert. Man braucht eine Sicherheitsarchitektur für ganz Europa – und darauf haben Putins Vorschläge hingewirkt. [...] Aber die Medien lügen und verbreiten eine Geschichte, die die wesentlichen Ursachen des Krieges ignoriert. [...] Unsere Politiker haben moralisch vollkommen versagt. Friedenspolitik heißt Aufrichtigkeit, Brüderlichkeit, Demut, Hilfsbereitschaft, Respekt, Worttreue. Dies sind universelle Werte, nicht nur europäische.”

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Michael von der Schulenburg: In der Ukraine sollte die EU nicht den USA folgen, sondern nach Frieden streben**

Nach Michael von der Schulenburg sollte sich Europa im ureigensten Interesse von der Stimmung lösen, Friedensverhandlungen mit Russland seien verwerflich. Der enorme und hochriskante militärische Einsatz der USA lasse sich nur aus den geopolitischen Zielen der USA

erklären, die Europa von den östlichen Wirtschaftsräumen und wesentlichen Rohstoffen und dem Landzugang zu den Wachstumsmärkten Asiens abkoppeln will. Wenn Europa das mitmache, sei das Selbst-Kastration. Zudem führe dieser Weg in großen Teilen Afrikas zu Hungersnöten. Eine westliche Strategie eines Siegfriedens könne bei dem Stellenwert des Konflikts für Russland zu einer Konfrontation zwischen den drei großen Nuklearmächten führen. Zudem verweist der Autor darauf, dass die USA, von Kuwait abgesehen, noch nie einen Krieg gewonnen haben. Siegesfantasien würden nur "eine zerbombte, geteilte, innerlich zerrissene und wirtschaftlich am Boden liegende Ukraine" zurücklassen.

[Es sei in Europas Interesse, einen Verhandlungsfrieden zu fordern und zu unterstützen.](#) "Die Rahmenbedingungen für eine friedliche Lösung hatten mutige russische und ukrainische Unterhändler bereits in den ersten zwei Monaten des Krieges ausgearbeitet. Danach würde die Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichten und keine ausländischen Militärbasen auf ukrainischem Boden zulassen, während Russland sich verpflichtet, die territoriale Integrität der Ukraine anzuerkennen, alle russischen Truppen aus der Ukraine abziehen und internationale Sicherheitsgarantien für die Ukraine zu akzeptieren. Auch hatte man sich bereits vorläufig darauf verständigt, innerhalb des ukrainischen Territoriums dem Donbass einen speziellen Status zu geben (wie schon in Minsk II vorgesehen) und den zukünftigen Status der Krim zu einem späteren Zeitpunkt auf rein diplomatischem Wege zu lösen." Ein weitreichender Friedensvertrag könne nicht allein in der Verantwortung der Ukraine liegen, vielmehr brauche die geschwächte Ukraine dazu westliche Unterstützung. Mit einem transatlantischen Schulterschluss zu den Bedingungen der USA zeige Europa, und hier insbesondere die Führung der EU, nur ihr Versagen. Hier gehe es um einen gesamteuropäischen Frieden. Der Autor sieht in der Friedensinitiative Italiens einen Hoffnungsschimmer.

[Michael von der Schulenburg, Jg. 1948, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, arbeitete über 34 Jahre für die Vereinten Nationen und kurz darauf für die OSZE in vielen Ländern. \(Red.\)](#)

[Inhalt ↑](#)

● Dieter Egli: **77 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg: Zeit für eine unabhängige europäische Sicherheit?**

Angesichts der bei den US-Interventionen z.B. in Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien hinterlassenen instabilen Nachbarstaaten, der verlorenen Leben, zerstörten Wirtschaften, Flüchtlinge u.a.m. fragt sich Dieter Egli, "weshalb Europa nicht eine eigenständige, unabhängige Sicherheitspolitik vorzieht, die den eigenen Interessen entspricht. Die militärische Vormachtstellung der USA in Europa und in der NATO führt zur Notwendigkeit eines eigenständigen Handelns. Sie schafft Abhängigkeiten und verleitet Europa dazu, sich an der Außenpolitik und den Interessen der USA zu orientieren. Das militärische Engagement der USA verändert jedes Sicherheitsproblem grundlegend, da es Rivalitäten und Interessen der USA nach Europa bringt. Es stellt regionale Differenzen in den Kontext einer globalen Rivalität. Das Ergebnis ist ein tief gespaltenen europäischer Kontinent, zu dem die Ukraine ebenso gehört wie Russland und Belarus." Nach Egli wäre [die Stimme eines unabhängigen Europas ein großer Gewinn für alle.](#) Für eine unverzichtbare militärische Unabhängigkeit sei ein Abzug der US-Wehrmacht speziell aus Deutschland der Schlüssel für ein neues Gleichgewicht. "Eine autonome europäische Sicherheit kann ein wirksames Instrument sein, um Eskalation durch ein abhängiges Kollektiv zu verhindern."

[Dieter Egli, Jg. 1974, lebt in New York, ist Schweizer und US-Bürger, hat ein Doktorat von der Universität Zürich und ist Professor an der Columbia Universität in New York, USA. \(Red.\)](#)

[Inhalt ↑](#)

- **Marta Andujo: Amerika-Gipfel mit Gastgeber USA: Wer kommt und wer kommt nicht?**

Das 9. Gipfeltreffen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Los Angeles tagt am 09./10.06.2022. Nach Marta Andujo will der diesjährige Gastgeber "das Zusammentreffen auf höchster Ebene zu einer Demonstration von US-Führerschaft in der Region machen und 'dem wachsenden chinesischen Einfluss in Lateinamerika' begegnen". Die US-Regierung besteht darauf, dass zu "den Amerikas" nur die Länder gehören, die ihrer Auffassung nach "eine Reihe von demokratischen Prinzipien teilen", und hat [Kuba, Venezuela und Nicaragua nicht zum Gipfel eingeladen](#). Dieses Vorgehen wird u.a. von den Staatsführungen von Mexiko, Argentinien, Bolivien und Honduras als diskriminierende und ideologisierte Auswahl zurückgewiesen. Daher haben auch der Präsident Mexikos, die Präsidentin von Honduras, Boliviens Präsident und die Staatschefs der Karibischen Gemeinschaft Caricom ihre Teilnahme abgesagt. Argentinien's Präsident Alberto Fernández, ebenfalls entschiedener Kritiker des Ausschlusses Kubas, Venezuelas und Nicaraguas, nimmt an dem Gipfel teil, nachdem ihn die Präsidenten von Mexiko und Venezuela gebeten hatten, nach Los Angeles zu gehen, um im Namen der Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (Celac) aufzutreten und "die Stimme" dieser Länder zu sein.

Auf dem Gipfel wollen die Vertreter aus 31 Staaten aus Nord-, Mittel- und Südamerika sowie der Karibik über die unregulierte Migration, über wirtschaftlichen Aufschwung nach der Corona-Pandemie, Mobilisierung von Investitionen, Lieferketten, saubere Energie und Handel, Gesundheitsversorgung, Lebensmittelsicherheit und Klimawandel beraten. Die US-Administration erwartet, dass man sich auf ein neues Migrationsabkommen einigt. Mexiko wird zudem ein Ende der US-Blockade gegen Kuba fordern.

Der frühere Präsident Boliviens, Evo Morales, gibt den weit verbreiteten Standpunkt wieder, wenn er die neueste Auflage des Gipfels eine Totgeburt nennt, "weil mehrere Präsidenten von Geschwisterländern fehlen, die den willkürlichen und einseitigen Ausschluss von Kuba, Venezuela und Nicaragua durch die USA ablehnen. Anstatt die Integration zu fördern, provoziert Biden die Spaltung."

[Inhalt](#) ↑

- **Birgit Falkensteiner: WHO will mit Pandemievertrag Verfassungen der Mitgliedsländer ausschalten**

Die Globalisierungstendenzen gewinnen nach Birgit Falkensteiner weiter an Fahrt. Ziel dabei sei es, die demokratische Kontrolle durch die Staatsbürger in den einzelnen Ländern auszuschalten. Es sei bereits jetzt zu sehen, wie Demokratie und Grundrechte mit Füßen getreten werden und die Gesundheitsminister auf Befehl einer WHO (World Health Organization), die mit größtenteils zweckgebundenen Spenden zurechtkommen muss und damit nicht unabhängig handeln kann, wie autokratische Diktatoren im Alleingang schalten und walten. Noch schützten uns zum Teil die Gerichte, aber auch das solle ausgehebelt werden. Nun sei die WHO dabei, einen völkerrechtlich rechtsverbindlichen Vertrag so zu formulieren, dass "nach der Unterzeichnung des Vertrags durch die Gesundheitsminister die [WHO-Verfassung \(gemäß ihrem Artikel 9\) bei Naturkatastrophen oder Pandemien Vorrang vor der Verfassung eines Landes](#) hat. Seit die Definition von Pandemie vor einigen Jahren geändert wurde (Fälle auf der Grundlage des PCR-Tests), können sie in jedem Land Gehorsam durchsetzen und der Öffentlichkeit die WHO-Richtlinien aufzwingen, die obligatorisch und nicht nur empfohlen werden. Und das klingt" für Astrid Stuckelberger "nach Macht über das Land und die Welt". Für Silvia Berehndt besteht damit die große Gefahr, dass eine gegen das Völkerrecht verstoßende WHO die Verhältnismäßigkeit und das Einbinden ihrer Maßnahmen in größere Zusammenhänge ignoriere: "Alle Bestrebungen gehen in die Richtung – Emergency-Laws,

alles aussetzen, keine Rechtfertigung bringen, keine fundamentalen Grundrechte beachten, jede Gesundheitsmaßnahme ist recht – auch entgegen der Würde des Menschen.“

Am 01.12.2021 vereinbarten die 194 Mitglieder der WHO die [Aushandlung eines internationalen Übereinkommens zur Stärkung der Pandemieprävention](#), das völkerrechtlich bindend sein soll. Schon im August 2022 soll ein Entwurf vorliegen, der 2023 der WHO-Generalversammlung vorgelegt und im Jahr 2024 verabschiedet werden soll. Vordergründig soll dieses Abkommen allen Ländern den Ausbau ihrer Gesundheitssysteme ermöglichen und ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber künftigen Pandemien stärken. Das eigentliche Ziel aber ist eine umfassende Weisungsbefugnis der WHO gegenüber den Mitgliedsstaaten. Damit könnte die WHO Impfpflichten und andere restriktive Maßnahmen, wie beispielsweise Reisebeschränkungen oder Kontaktsperren, und andere Notstandsregeln auf nationaler und internationaler Ebene an den nationalen Parlamenten vorbei durchsetzen. Die Mitgliedsstaaten könnten verpflichtet werden, Impfregister, Gesundheitsdatenbanken und dergleichen mehr zu erstellen sowie eine globale elektronische Gesundheitskarte durchzusetzen. Aber die WHO ist nicht demokratisch legitimiert und finanziell massiv von Stiftungen und Pharmaindustrie abhängig.

Siehe hierzu auch Norbert Härings Video-Beiträge “Wird der globale Pandemievertrag der WHO uns den Dauer-Ausnahmestand bringen?” [Teil 1 \(Vorgeschichte, Relevanz; 11m52\)](#) & [Teil2 \(Stand der Dinge; 6m14\)](#), in denen Dokumente eingesehen werden können, zitiert und interpretiert werden.

Vom 22. bis 28.05.2022 wurde auf der 75. Weltgesundheitsversammlung der WHO in Genf über einen weitreichenden Vorschlag der USA zur drastischen Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) entschieden. Der Vorschlag lief laut Norbert Häring “darauf hinaus, dem WHO-Generaldirektor und den Regionaldirektoren weitreichende Befugnisse zum fast willkürlichen Ausrufen von verschiedenen Arten von Gesundheitsnotständen zu geben, ohne die betroffenen Regierungen beteiligen zu müssen. Den Regierungen, in deren Ländern mutmaßliche gefährliche Gesundheitsvorfälle auftreten, sollte technische Hilfe von der WHO und von internationalen Experten-teams aufgenötigt werden.” [Der Vorschlag stieß laut 'Health Policy Watch' “auf unerwarteten Widerstand einiger Länder](#), darunter die Afrikanische Gruppe, die befürchtete, dass Änderungen an den IHR ohne ausreichende Prüfung oder Beteiligung vorgenommen werden könnten“. Aus dem Maßnahmenpaket der US-Regierung wurde nach Häring “nur die abgemilderte Verkürzung der Umsetzungszeit etwaiger Änderungen beschlossen, und wie man über etwaige Änderungen nun verhandeln wolle“. Auf der Basis von Reformvorschlägen aller Länder und eines neu geschaffenen IHR-Reformausschusses soll in 2023 erneut verhandelt und 2024 über einen globalen Pandemievertrag entschieden werden.

Zu Birgit Falkensteiner ist leider keine Fußnote möglich. (Red.)

[Annette Groth](#), Jg. 1954, war Mitglied des Deutschen Bundestags für die Partei Die Linke. Sie war Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Ende Mai 2010 nahm sie am Ship-to-Gaza-Konvoi teil, der die israelische Seeblockade des Gazastreifens zu brechen versuchte. (Red.)

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Transition News: **Unterschriften gegen geplantes Pandemie-Abkommen**

Wissenschaftler, Autoren und Corona-Maßnahmenkritiker haben die “Weltfreiheitserklärung“ unterzeichnet, um damit ihren Widerstand gegen die von den USA vorgeschlagenen Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO zu erklären. Die bisherigen WHO-

Gesundheitsvorschriften IHR respektierten die Souveränität aller Mitgliedstaaten. Die neuen Vorschläge zielten darauf ab, "die gesetzgeberische Autonomie eines Landes in Zeiten eines tatsächlichen oder angenommenen gesundheitlichen Notstands" im Bereich der öffentlichen Gesundheit zu beseitigen. Die WHO erhalte einseitige Befugnisse bei der Bewertung und Feststellung eines gesundheitlichen Notfalls und werde ermächtigt, in Politik und Wirtschaft einzugreifen und entsprechende Maßnahmen zu diktieren. Dies bedeute einen [direkten Angriff auf die politische und wirtschaftliche Souveränität aller Nationen und ihrer Bürger](#). Es sei zwingend erforderlich, dass jede Nation und jedes Gebiet seine Souveränität behalten, insbesondere in Krisenzeiten, damit die gesamte Weltgemeinschaft vor einer global gesteuerten Politik geschützt werden kann. Die Unterzeichner fordern zudem alle Nationen und ihre Vertreter nachdrücklich dazu auf, solche Abkommen abzulehnen.

Hier zum [vollständigen Artikel auf Englisch](#), hier zur [Erklärung auf Englisch](#), hier die [vollständige Erklärung auf Deutsch](#) und hier [die Möglichkeit mit zu unterzeichnen](#). (Übersetzungshilfe [DeepL.com](#)) – Auch '[Klartext Aischner](#)' nimmt sich der Problematik an.

Die Genossenschaft '[Transition News](#)', 2020 von Christoph Pfluger gegründet, will ein Bewusstsein für Zusammenhänge, qualifizierte Meinungsbildung, gesellschaftskritischen Austausch und breitere Sicht auf alternative Gedanken und Perspektiven fördern. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Klaus Reinhardt: **Pandemiemanagement: Kindeswohl stärker im Blick behalten**

In der Corona-Pandemie haben Kinder und Jugendliche eine besondere Belastung hinnehmen müssen, da nach Klaus Reinhardt (Bundesärztekammer-Präsident) die Schul- und Kita-Schließungen, diese monatelange Isolation durch die Kontaktbeschränkungen Kinder und Jugendliche aufgrund der sensiblen Entwicklungsphasen in diesen Lebensabschnitten in besonderer Weise treffe. Die [Folgen seien beispielsweise Zukunftsängste, erhöhter Leistungsdruck und Vereinsamung](#). Familiäre Spannungen, Konflikte und häusliche Gewalt hätten zugenommen. Mit Blick auf den Herbst und mögliche neue Virusvarianten forderte Reinhardt: "Wir müssen Strategien entwickeln, um Kitas und Schulen offen zu halten und den Heranwachsenden auf diese Weise ein weitgehend normales Leben ermöglichen."

Etwa 420'000 Kinder und Jugendliche werden jeden Monat in England wegen psychischer Probleme behandelt. Experten zufolge hat die Corona-Pandemie Probleme wie [Angstzustände, Depressionen und Selbstverletzungen bei Kindern im Schulalter](#) ernsthaft verschlimmert. Wohltätigkeitsorganisationen für psychische Gesundheit befürchten, dass die Zahlen nur die Spitze des Eisbergs sind und dass noch viel mehr unter 18-Jährigen in Not aufgrund willkürlicher Kriterien keine Hilfe gewährt wird. Eine im Februar veröffentlichte Umfrage der psychologisch beratenden Organisation 'Place2Be' und der 'National Association of Head Teachers' unter Schulleitern und anderen Lehrkräften ergab, dass eine große Mehrheit der Schüler seit Beginn des Schuljahres eine Zunahme der psychischen Probleme festgestellt hat, darunter ein geringes Selbstwertgefühl (86%), Depressionen (76%) und anhaltende Wutgefühle (68%).

[Klaus Reinhardt](#), Jg. 1960, Facharzt für Allgemeinmedizin und seit 2011 Vorsitzender des Hartmannbundes. Er wurde 2015 Mitglied des Vorstandes der Bundesärztekammer und seit 2019 deren Präsident. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Eva Engelken: **Aufruf: Schluss mit der Falschberichterstattung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks!**

[Wissenschaftler und Ärzte fordern mit ihrem Aufruf eine Abkehr von der ideologischen Betrachtungsweise zum Thema Transsexualität](#) und eine faktenbasierte Darstellung biologischer Sachverhalte nach dem Stand von Forschung und Wissenschaft. Wer mitunterschreiben möchte, sende bitte eine E-Mail mit der Formulierung "Hiermit unterstütze ich den Aufruf 'Schluss mit der Falschberichterstattung des ÖRR'" und der Angabe des Namens, des Berufs und dem Wohnort an Dr. Antje Galuschka, E-Mail-Adresse: info@antjegaluschka.de

Die Publizistin Judith Sevinç Basad will nicht mehr weiter für die Bild-Redaktion arbeiten. In dem offenen Brief an Springer-Chef Mathias Döpfner erklärt sie, warum sie ihre Kündigung eingereicht hat: "[Der Grund für meine Kündigung ist am Ende der Umgang von Axel Springer, also auch Ihr Umgang, mit der woken-Bewegung](#). Ich habe das Gefühl, dass ich nicht mehr über die Gefahren berichten kann, die von dieser gesellschaftlichen Bewegung ausgehen. Und ich habe das Gefühl, dass der gesamte Verlag in dieser Sache nicht mehr hinter mir steht. Keine Thematik hat mich als Journalistin so sehr um den Verstand gebracht wie der Aktivismus einer kleinen Minderheit, die offiziell behauptet, für Diversität zu stehen, aber eine im Kern radikale Ideologie verfolgt." Basad verweist auf den Text von fünf Gastautoren, die die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten an den Pranger stellen, weil sie ihre Zuschauer für transsexuelle Themen begeistern und sie regelrecht umerziehen wollen. Die Gastautoren werfen ARD, ZDF und Co vor, eine bedrohliche Agenda zu verfolgen. Dem Verlag wirft nun Basad vor, "vor der unerträglichen Tyrannei der woken-Aktivist*innen eingeknickt" zu sein. Döpfner habe seine Haltung wegen des US-Investors KKR (Kohlberg Kravis Roberts & Co) gewandelt. Die von Döpfner viel beschworene Vielfalt und Freiheit im Hause Springer sei in Gefahr.

[Eva Engelken](#), Jg. 1971, ist Juristin, Wirtschaftsjournalistin und Autorin. Seit 2018 Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen. Sie vertritt eine kritische Position bezüglich der Änderung des Transsexuellengesetzes in ein "Selbstbestimmungsgesetz". (Red.)

[Judith Sevinç Basad](#) studierte Germanistik und Philosophie und schloss ihren Master mit einer Arbeit über totalitäre Tendenzen in der queer-feministischen Bewegung ab. Sie publizierte als freie Autorin u.a. für WELT, FAZ, NZZ und den Autoren-Blog "Salonkolumnisten". Seit 2020 erscheint ihre Online-Kolumne "Triggerwarnung" im Cicero. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Josef Kraus: **Der "Gender-Hype" als Kulturmarxismus**

Nach der in den 1990er Jahren aufgekommenen Gender-Ideologie soll es 60 frei wählbare sexuelle Identitäten geben. [Die sexuelle Identität wird als ein Akt der Selbstdefinition und nicht als Frage der Biologie definiert](#). Politik, Medien, auch maßgebliche Teile der Kirchen, der "Wissenschaft" und zahlreiche Lobby-NGOs arbeiten nach Josef Kraus fleißig daran, die Gesellschaft mit dieser Ideologie zu indoktrinieren. Das bisherige Transsexuellengesetz soll durch ein Selbstbestimmungsgesetz ersetzt werden, damit jeder ab Vollendung des 14. Lebensjahrs auch "gegen den Willen der Eltern über eine hormonelle und operative Anpassung an das Gegengeschlecht entscheiden" können soll. 120 Fachleute als Erstinitiatoren haben nun den Mut gefunden, die sexualisierende Indoktrination unserer Heranwachsenden durch öffentlich-rechtliche Medien in einem 50-seitigen Dossier anzuprangern. Dazu haben sie zahlreiche Sendungen/Produkte der Medien angesehen.

Die Kritiker schreiben u.a.: "Wir fordern eine Abkehr von der ideologischen Betrachtungsweise zum Thema Transsexualität und eine faktenbasierte Darstellung biologischer Sachverhalte nach dem Stand von Forschung und Wissenschaft." Im Zusammenhang mit dem als kinderleicht dargestellten "Weg in den richtigen Körper" wird den Indoktrinierenden vorgeworfen, die

möglichen, teils irreversiblen körperlichen und psychischen Folgen solcher Maßnahmen nicht zu schildern. Vor allem appellieren die Initiatoren an die Intendanten und die Rundfunk- und Fernsehräte, ihre Kontrollpflicht im Sinne des ihnen gesetzlich vorgegebenen Rahmens ernst zu nehmen.

Josef Kraus, Jg. 1949, Gymnasiallehrer und Diplom-Psychologe und Autor mehrerer Bücher zur Bildungspolitik. Er war von 1987 bis Juni 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Martin Voigt: **Schamlose Indoktrination im Kinderfernsehen**

“Immer wieder [beleuchten die Öffentlich-Rechtlichen in ihren Sendungen für Kinder das Thema Transsexualität](#) – die ‘Sendung mit der Maus’ und ZDF-‘logo!’ sind jüngste Beispiele. Die Verantwortlichen greifen dabei nicht bestehende und drängende Fragen des jungen Publikums auf, sondern stoßen sie auf das Thema“. Über die Geschichte eines jungen Mannes wird den Kindern nach Voigt gesagt, dass eine Transition durch Verabreichung von dem Hormon Testosteron problemlos sei. Auch Operationen würden als Kleinigkeiten dargestellt. Probleme würden nahezu vollständig übergangen. Die Entscheidung zur Transition werde als bewundernswerter und mutiger Weg angepriesen. Die Transition mache glücklich und besonders. Und das “Outing” garantiere soziale Anerkennung. Martin Voigt meint dazu: “Wie weit können die öffentlich-rechtlichen Medien ihre gerade im Kinderfernsehen so schamlos als Journalismus getarnte Indoktrination noch treiben? Die Lebensrealität der Kinder und das, was ihnen dort als Weg ins Glück vorgeschlagen wird, klaffen eklatant auseinander.”

Die Initiative ‘DemoFuerAlle’ will mit einer Broschüre [auf die mit Transsexualität und Transgender verbundenen Gefahren für die Kinder aufmerksam machen](#) und Hinweise dazu geben, wie die eigenen Kinder davor geschützt werden können.

Mit ihrer zweiten Broschüre möchte die Initiative ‘DemoFuerAlle’ [über die mit der Kindergrundsicherung und mit den Kinderrechten verbundenen Angriff auf die Familie aufklären](#) und Hinweise dazu geben, was Familien dagegen tun können.

Martin Voigt hat Linguistik und Soziologie studiert. Er ist Jugendforscher und Journalist und befasst sich mit dem Einfluss der Medien auf Kinder und Jugendliche. (Red.)

Das Aktionsbündnis [‘Ehe & Familie - DemoFuerAlle’](#) setzt sich seit 2014 für eine Renaissance der Bedeutung und Schönheit von Ehe und Familie ein und stellt sich den Umerziehungsversuchen gut organisierter Lobbygruppen und Ideologen entgegen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑